

Landtagswahl 2023

Fragen an die Bildungspolitik

WIE WEITER MIT DER IGS IN HESSEN – WIE WEITER ZUR INKLUSIVEN SCHULE ?

Gerd-Ulrich Franz

Auch im Blick auf die Landtagswahl 2023 haben wir die bildungspolitischen Sprecher: innen der Landtagsfraktionen von GRÜNE, FDP, SPD und die LINKE gebeten, zu den unten aufgeführten Fragen Stellung zu nehmen.

Die CDU-Fraktion hatten wir nicht angefragt, da wir der CDU mit Dr. Alexander Lorz als amtierendem Kultusminister eine eigene Stellungnahme zur Perspektive der IGS angeboten haben.

Seit 1969 wurden in Hessen integrierte, sogenannte „schulformunabhängige“ Gesamtschulen eingerichtet. Allerdings legten sehr „schulförmige“ Vorgaben die Schulen von Anfang an in den inneren Strukturen und Abläufen fest und begrenzten deren pädagogische Ausgestaltung. So werden sie bis heute förmlich in das mehrgliedrige Schulsystem in Hessen „integriert“ – statt wie ursprünglich gedacht, als dieses komplett ersetzende Alternative anerkannt zu sein.

2009 unterzeichnete Deutschland die Behindertenrechtskonvention der UN und verpflichtete sich, ein inklusives Bildungssystem einzurichten. Bis heute fehlen dazu Weichenstellungen für eine inklusive Schule für alle. Noch immer werden z.B. individuelle Leistungen durch Noten vergleichend bewertet und zur Grundlage formaler Einordnung – gar in verschiedenen bewerteten Schulformen. Damit verfestigen sich schon

in der Grundschule soziale Unterschiede. Falsche Selbst- und Fremdwahrnehmung wird so begünstigt, illegitime Hierarchie und gesellschaftliche Spaltung befördert, statt dieser durch ein alle Kinder gleichermaßen wertschätzendes inklusives Denken und Handeln entgegenzuwirken.

- Inwieweit teilen Sie unsere Einschätzung zur Funktion der Schulen für eine notwendig inklusive Sicht der Gesellschaft, insbesondere zur Aufgabe der IGS als ‚Pilotschulen‘ für ein inklusives Bildungssystem?
- Wie wollen Sie die ohne Zweifel notwendige Stärkung des sozialpädagogisch-erzieherischen Auftrags einer solchen Schule voranbringen?
- Was gedenken Sie in diesem Sinne für die konkrete Förderung einer inklusiven Sicht und vor allem auch die Unterstützung der „inklusi-ven Vorarbeit“ an den Grund- und Gesamtschulen zu tun?
- Wie wollen Sie die Lehrkräftebildung aus ihrem schulförmigen, fachbezogenen Korsett befreien und endlich den Umgang mit Verschiedenheit, die Förderung der Vielfalt, das Mindern von Benachteiligungen, das Verhindern von schulischem Scheitern zur zentralen Aufgabe der Schule und damit zur Maßgabe für Studium sowie Aus- und Fortbildung machen?

Im Folgenden lesen Sie nun die Stellungnahmen der Parteien.

Machen Sie sich selbst ein Bild, inwieweit die Antworten angemessen sind und einen Ausblick auf die nach der Wahl zu erwartenden bildungspolitischen Entscheidungen geben.



Stellungnahme des bildungspolitischen Sprechers der GRÜNEN-Landtagsfraktion Hessen

Daniel May, MdL

Die integrierten Gesamtschulen sind ein wichtiger, eigenständiger Zweig unseres Schulsystems geworden. Sie haben die Entwicklung des Systems Schule in Gänze entscheidend vorgebracht und setzen immer wieder wichtige Impulse für die hessischen Schulen.

Deutlich wird dies insbesondere an ihrer Vorreiterrolle im Bereich der individuellen Förderung, dem Ganztag oder der Inklusion. Wie wichtig diese Pionierarbeit ist, zeigt sich daran, dass der Hessische Landtag sich in der Frage, ob diese Inhalte nun für alle Lehramtsstudiengänge verpflichtend sein sollten, größtenteils einig war. Mit dem novellierten Lehrkräftebildungsgesetz sind die Themen Inklusion und Ganztag somit zukünftig verbindlicher Teil aller drei Phasen der Lehrkräftebildung in allen Lehrämtern. Dies zeigt, dass die Entwicklungen im Bereich der integrierten Gesamtschulen in alle Schulformen hineinstrahlen.

Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass Schülerinnen und Schüler durch längeres gemeinsames Lernen und das möglichst lange Offenhalten aller Bildungsabschlüsse sehr gut individuell gefördert werden können. Deswegen haben wir uns stets für die Entwicklung der integrierten Gesamtschulen eingesetzt, beispielsweise indem wir für alle IGSen eine Mindestzuweisung im Landesprogramm für Schulsozialarbeit (UBUS) vorgesehen haben und indem wir den Klassenteiler für diejenigen Schulen, die auf eine äußere Differenzierung verzichteten, gesenkt haben. Auch die förderpädagogische Grundzuweisung, mit der Schulen eine Stelle fest zugewiesen bekommen und die wir nach erfolgreicher Evaluation an den Grundschulen in diesem Schuljahr als Modellversuch auf die weiterführenden Schulen übertragen haben, ist von vielen IGSen angenommen worden und stärkt die inklusive Beschulung sowie die Arbeit in multiprofessionellen Teams. Mit dem Programm der pädagogisch selbstständigen Schule haben wir zudem die Möglichkeit geschaffen, pädagogische Innovationen in der

Unterrichtsorganisation, wie den Verzicht auf Nichtversetzung oder auf Ziffernnoten, umzusetzen. Insbesondere unsere Gesamtschulen haben davon Gebrauch gemacht und erproben erfolgreich neue pädagogische Konzepte, von denen langfristig alle Schulen profitieren können.

Perspektivisch wünsche ich mir eine Weiterentwicklung unseres Schulsystems in Richtung Zweigliedrigkeit, also zwei gleichwertige Schulzweige mit Gymnasien einerseits und den Gesamtschulen andererseits. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle, die das wollen, sich wohnortnah für eine integriert arbeitende Schule entscheiden können. Gerade im Hinblick darauf, dass wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung stärker betonen müssen, ist eine weitere Stärkung der integrierten Gesamtschulen in Hessen eine wichtige bildungspolitische Maßnahme. Auch für den ländlichen Raum bietet ein Ausbau der integrierten Gesamtschulen strukturelle Chancen, da so auch kleinere weiterführende Schulen vor Ort gesichert werden können. Dies zeigt sich auch daran, dass die verbundenen Haupt- und Realschulen Elemente, die aus der integrierten Gesamtschule kommen, übernommen haben.

Wir GRÜNE danken den integrierten Gesamtschulen für ihre wichtigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Impulse und freuen uns darauf, mit ihnen zusammen für mehr Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg in Hessen zu arbeiten.



Daniel May

Mitglied des hessischen Landtags seit 2009, wohnhaft im Kreis Waldeck-Frankenberg; Lehrer Sekundarstufe I, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion; d.may@ltg.hessen.de



Stellungnahme des bildungspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Christoph Degen, MdL

Die SPD sieht Schulen als Lernorte, in denen es um kreative, soziale, ethische und politische Bildung wie auch um die Vermittlung von Wissen und Werten, praktischen Fähigkeiten und Qualifikationen geht.

Zu den wichtigsten Aufgaben von Schule gehört es, junge Menschen zu Selbstbestimmung, Demokratie und sozialer Verantwortung zu befähigen und ihnen zu vermitteln, dass eine vielfältige Gesellschaft ein Gewinn ist. Wir wollen, dass junge Leute so aufwachsen, wie die Gesellschaft ist, und in einem inklusiven Bildungssystem lernen, das kein Kind zurücklässt und allen gleiche Chancen eröffnet, ihre Potenziale zu nutzen.

Die integrierte Gesamtschule ist für uns die beste Schulform für Chancengleichheit. Sie bietet allen Kindern mit ihren unterschiedlichen Lernvoraussetzungen durch das gemeinsame Lernen Zeit, sich zu entwickeln. Insofern sehen wir sie ebenso wie die Grundschule als „Pilotschule“ für Inklusion an. Umso heterogener eine Schülerschaft ist, umso leicht fällt die Inklusion, weil es dann vollkommen normal ist, verschieden zu sein und unterschiedlich schneller und langsamer zu lernen. Auch altersgemischte Klassen können dazu beitragen.

Wir streben eine Weiterentwicklung der Beratungs- und Förderzentren zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ an, die als regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung ohne die starre Beschränkung auf sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf fungieren und Schulen multiprofessionell aus einer Hand beraten. Unerlässlich ist eine enge Zusammenarbeit mit der Schulpsychologie sowie mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen an den Schulen. Schulsozialarbeit an jeder Schule ist ein Muss und keine Kann-Option.

Benachteiligungen und schulisches Scheitern wollen wir durch mehr individuelle Förderung abbauen. Auf Querversetzungen und Sitzenbleiben sollte möglichst verzichtet werden. Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, müssen sich die Rahmenbedingungen (Lernumgebung, Unterrichtsplanung und -gestaltung, Klassengrößen) verbessern. Feriencamps oder vereinzelte Lernangebote für einen Tag in Form von Digitaltrucks sind weder zielführend, noch erreichen sie alle Kinder, insbesondere nicht diejenigen mit mehr Unterstützungsbedarf.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Schulen, die jahrgangsübergreifendes Lernen, Binnendifferenzierung oder andere reformorientierte Ansätze realisieren, durch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen verbessern. Dazu muss aus unserer Sicht die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung massiv aufgestockt und vor allem schulscharf gestaltet werden. Die SPD fordert ein Programm zum Ausbau von gebundenen und teilgebundenen Ganztagschulen, das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet sowie rhythmisiert und flächendeckend für gleiche Bildungschancen auch am Nachmittag sorgt. Inklusive Beschulung und besondere Förderung müssen auch am Nachmittag qualitativ hochwertig möglich sein.

Gesamtschul- und Grundschullehrkräfte sind diejenigen, die wie niemand sonst Lernprozesse individualisiert gestalten. Inklusion ist Aufgabe aller Schulen, die mit entsprechenden Ressourcen zur Umsetzung ausgestattet werden müssen. Außerdem wollen wir Hierarchien zwischen den Lehrämtern abbauen und mehr Wertschätzung der inklusiven Vorarbeit durch Aufwertung des Grundschullehramts durch eine Besoldungsanhebung auf A 13.

Lehramtsstudierende müssen besser auf die veränderten Praxisanforderungen und Zukunftsthemen im Studium vorbereitet werden. Das funktioniert nicht mit einer minimalinvasiven Gesetzesreform, wie sie in diesem Jahr von Schwarzgrün im Landtag vorgenommen wurde. Vielmehr brau-

chen wir eine Verlängerung des Studiums auf 10 Semester für alle Lehramtsstudiengänge und den systematischen Ausbau der Lehrkräftefortbildung. Wir halten an der Sonderpädagogik als Profession fest, wollen aber Hybridmodelle wie Sonderpädagogik als Ersatz für ein Unterrichtsfach im Regelschulbereich zulassen. Grundsätzlich muss in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung der Unterricht in heterogenen Lerngruppen für alle angehenden Lehrkräfte verpflichtend sein.



Christoph Degen

Mitglied des hessischen Landtags seit 2014, wohnhaft im Main-Kinzig-Kreis; Förderschullehrer; Generalsekretär der SPD, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion; c.degen@ltg.hessen.de



Stellungnahme des bildungspolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion Hessen

Moritz Promny, MdL

Schulerfolg ist in Deutschland weiterhin stark von der sozialen Herkunft abhängig. Armut, Migrationsbiographien, aber auch besondere Förderbedarfe oder Behinderungen sind immer noch zu oft der Grund für Chancengerechtigkeiten. Nur ein inklusives Schulsystem kann diesem Problem entgegenwirken.

Dabei verstehen wir Freien Demokraten Inklusion in einem umfassenden Sinne: Inklusive Bildung heißt, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Talente von Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen und eine chancengerechte Bildung für alle umzusetzen. Das ist das Leitbild, an dem wir unsere Bildungspolitik ausrichten.

Schon in den 70er Jahren hat die FDP das Konzept der Offenen Schule in den Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik dargelegt. Die

Grundzüge behalten auch weiterhin ihre Gültigkeit: Es geht darum, unser Bildungssystem im Sinne der individuellen Förderung zu transformieren. Nur so erhält jedes Kind und jeder Jugendliche die Chance, die eigene Bildungsbiographie aktiv mitgestalten zu können.

Dieses Ziel kann nur durch ein vielfältiges Schulsystem erreicht werden, das unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht wird. Hierbei kommt der integrierten Gesamtschule eine wichtige Aufgabe zu: Kinder und Jugendliche lernen zusammen und voneinander. Insbesondere bei einer ganztägigen Ausrichtung bleibt genug Zeit, um eigene Schwerpunkte setzen zu können.

Damit unsere integrierten Gesamtschulen ihren inklusiven Bildungsauftrag gut umsetzen können, müssen von der Politik jedoch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Zu diesen

Voraussetzungen gehört, dass Schulen bei der Wahrnehmung des Bildungs- und Erziehungsauftrags mehr Selbstständigkeit zugestanden wird.

Das Konzept der Selbstständigen Schule ist ein Erfolgsprojekt. Wir wollen die Selbstständigkeit weiter ausbauen und es noch mehr Schulen ermöglichen, zur Selbstständigen Schule zu werden. Dazu gehört, dass den Schulen die Personalhoheit übertragen wird und sie flexibel über ihre finanziellen Ressourcen entscheiden können. Für uns Freie Demokraten ist klar: Schulleitungen und Lehrkräfte sind Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten. Vor Ort weiß man am besten, welche Fachkraft gebraucht wird oder für welche Aufgabe zusätzliche Ressourcen eingesetzt werden sollten.

Darüber hinaus müssen Schulen die Möglichkeit erhalten, ihre Räumlichkeiten so zu gestalten, wie es ihrem pädagogischen Konzept entspricht. Dies gilt gerade auch für integrierte Gesamtschulen, die oft fächer- oder klassenübergreifend unterrichten. Es braucht daher ein spezielles Investitionsprogramm, das Schulen einen Aus- und Umbau unter pädagogischen Gesichtspunkten ermöglicht.

Aber: Wir werden bei alledem nur erfolgreich sein, wenn wir ausreichend gut ausgebildete Lehrkräfte haben. Der Lehrkräftemangel wird die drängendste Herausforderung der nächsten Jahre

werden. Wir müssen dringend mehr junge Menschen überzeugen, sich für ein Lehramtsstudium zu entscheiden. Lehrkräfte haben immer mehr Aufgaben zu bewältigen, für die sie gut aus- und fortgebildet sein müssen – beispielsweise im Bereich der Digitalisierung, der Inklusion und des Umgangs mit Heterogenität. Durch eine exzellente Aus- und Fortbildung müssen sie in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben wahrzunehmen. Wir fordern zudem eine stärkere Entbürokratisierung der Arbeit an den Schulen. Zu viele Kapazitäten von Lehrkräften werden in Verwaltungstätigkeiten gebunden. Entlastung von Verwaltungsaufgaben heißt: mehr Zeit für Schülerinnen und Schüler.

Wir Freien Demokraten sind überzeugt: Die integrierten Gesamtschulen in unserem Land sind Vorreiter in der inklusiven Bildung. Dafür verdienen sie mehr Unterstützung!



Moritz Promny

Mitglied des hessischen Landtags seit 2018, wohnhaft im Odenwaldkreis; Rechtsanwalt und Unternehmer (Baubranche); Generalsekretär der FDP Hessen, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion;

m.promny@ltg.hessen.de

Wir hatten Frau Elisabeth Kula im Mai 2022 angeschrieben und um einen Beitrag für unser Hessen Magazin bis September gebeten.

Trotz Nachfragen hat es leider nicht geklappt, so dass wir keine Aussage der Fraktion DIE LINKE aufnehmen konnten –
schade!

.....
Elisabeth Kula, wohnhaft in Wiesbaden;
Politikwissenschaftlerin; Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN
e.kula@ltg.hessen.de

